

Interessen mit der Gemeinde abstimmen

Mainz-Bingen. - Der CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Kneib hatte bereits im Mai 1979 ein Gespräch im damals noch zuständigen Landwirtschaftsministerium über die geplante Unterschutzstellung der Rheininseln Kisselwörth und Sändchen. Er setzte sich in diesem Gespräch für eine sachgerechte Lösung ein, die sowohl der Ausweisung eines Naturschutzgebietes, als auch dem Anliegen der Nackenheimer Bürger auf Naherholung Rechnung tragen soll.

Der Abgeordnete hat nun auf dem Hintergrund der aktuellen Diskussion der vergangenen Wochen beim nun zuständigen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt um Auskunft über den Sachstand des Unterschutzstellungsverfahrens gebeten. Der zuständige Abteilungsleiter im Ministerium, Dr. Knichel, teilte dazu dem Abgeordneten Kneib mit: „Die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz wurde angewiesen, unverzüglich die gegenseitigen Interessen mit der Gemeinde Nackenheim abzustimmen. Uns wurde mitgeteilt, daß die Gemeinde im Zuge der vorgeschriebenen Anhörung zum Verordnungsentwurf (vor der förmlichen Auslegung) um Verlängerung der Äußerungsfrist gebeten hat. Über das Ergebnis des Anhörungsverfahrens, insbesondere der Interessenabwägung, wurden wir bisher von der Bezirksregierung nicht unterrichtet. Ein entsprechender Bericht ist vom Ministerium angefordert worden.“

172 v. M. 5.9.79